



Industrie- und Handelskammer
Halle - Dessau

18. IHK-Neujahrsempfang

am 7. Januar 2008
im Anhaltischen Theater in Dessau-Roßlau

Begrüßung und Ansprache

Albrecht Hatton
Präsident

Sperrfrist: 7. Januar 2008, 17:00 Uhr
-es gilt das gesprochene Wort-

Herzlich Willkommen zum Neujahrsempfang 2008 der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau.

„I've got You under My skin“, „Du gehst mir unter die Haut“, heißt das eben und einst von Frank Sinatra gesungene Lied. Mir geht es gerade ähnlich: Es ist schon bewegend, stellvertretend für die Unternehmerschaft im Süden Sachsen-Anhalt hier oben stehen zu dürfen und in die Gesichter so vieler honorierter Persönlichkeiten zu blicken. In gewohnt kompakter Form begrüße ich:

Zuallererst die ersten Repräsentanten unseres Landes: den Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt und Grußwortredner am heutigen Abend, Dieter Steinecke, und, stellvertretend für den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Reiner Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit in unserem Bundesland.

Ein herzliches Willkommen der Vizepräsidentin des sächsischen Landtages, Frau Andrea Dombois.

Ich begrüße herzlich den Gastredner des heutigen Abends: Herrn Prof. Dr. Michael Kilian von der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und auch langjähriges Mitglied des Landesverwaltungsgerichtes. „Sachsen-Anhalt – von Österreich aus betrachtet“, so lautet Ihr Thema. Marketing von einem Nichtökonom – Herr Prof. Kilian, wir freuen uns, dass Sie heute hier bei uns sind und sind gespannt auf Ihre Ausführungen.

Stellvertretend für alle Vertreter der Diplomatie begrüße ich den Botschaftsrat der Botschaft der Republik Ungarn, Herrn Tibor Györgydeák und den Generalkonsul des Generalkonsulates der USA, Herrn Mark D. Scheland.

Stellvertretend für alle Bundes- und Landtagsabgeordneten heiße ich herzlich die Bundestagsabgeordneten von CDU, FDP und SPD, Herrn Ulrich Petzold, Frau Cornelia Pieper und Herrn Engelbert Wistuba Willkommen.

Ein herzliches Willkommen den Staatssekretären, Herrn Burkhard Lischka, Herrn Thomas Pleye, Herrn Detlef Schubert und Herrn Winfried Willems.

Herzlich begrüßen möchte ich auch unsere Ehrengäste von Fern und Nah: Den Präsidenten unserer Partnerkammer in Most, Herrn Rudolf Jung, und den Ehrenpräsident der IHK Halle-Dessau, Herrn Wolfgang Fell.

Und ich begrüße herzlich die Träger der Goldenen IHK-Ehrenmedaille: Herrn Ehrensensator Prof. Dr. Klaus-Dieter Bilkenroth und die Herren Siegfried Janke, Dietrich Rost und Norbert Wenner.

Ich begrüße die Fraktionsvorsitzenden des Landtages Sachsen-Anhalt: Herrn Wulf Gallert für DIE LINKE und – vor seinem Wiedereintritt in den Universitätsdienst - letztmalig als Fraktionsvorsitzenden Herrn Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué für die FDP.

Ein herzliches Willkommen dem Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt und zweiten Grußwortredner des heutigen Abends, Herrn Klemens Koschig. Mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle, Frau Dagmar Szabados, grüße ich all die anderen Oberbürgermeister und Bürgermeister im Saal.

Herzlich begrüße ich die Landräte Herrn Frank Bannert für den Saalekreis, Herrn Jürgen Dannenberg für den Landkreis Wittenberg, Herrn Harri Reiche für den Burgenlandkreis, und Herrn Uwe Schulze für den Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

Ein herzliches Willkommen auch allen Repräsentanten von Gerichten, Hochschulen und staatlichen Ämtern. Stellvertretend darf ich den Präsidenten des Finanzgerichtes Sachsen-Anhalt, Herrn Gunther Karl, den Präsidenten des Landesverwaltungsamtes, Herrn Thomas Leimbach, und den Rektor der MLU Halle-Wittenberg, Herrn Prof. Dr. Wulf Diepenbrock, begrüßen.

Stellvertretend für die Wirtschaft in Mitteldeutschland begrüße ich die Präsidenten der Handwerkskammern Halle und zu Leipzig, Herrn Thomas Keindorf und Herrn Joachim Dirschka, sowie die Präsidenten der IHKn Magdeburg, zu Leipzig und Südwestsachsen, Herrn Klaus Olbricht, Herrn Wolfgang Topf und Herrn Michael Lohse.

Für die Gewerkschaften darf ich herzlich begrüßen: Herrn Udo Gebhardt, Landesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachsen-Anhalt.

Von der Bundeswehr begrüße ich herzlich Herrn Oberstarzt Dr. Max Hagel, Standortältester im Sanitätskommando III Sachsen-Anhalt-Kaserne.

Ein herzliches Willkommen Herrn Helge Klassohn, Kirchenpräsident Evangelische Landeskirche Anhalt, und Herrn Reinhard Hentschel, Probst der katholischen Kirche im Bistum Magdeburg.

Für die vielen Medienvertreter im Saal begrüße ich herzlich den Hörfunkdirektor des Mitteldeutschen Rundfunks, Herrn Johann Michael Möller.

Zum guten Schluss mein Gruß an die Mehrheit unter uns, an die, ohne die es die IHK nicht gäbe: die Damen und Herren Unternehmer. Von den insgesamt fast 52.000 Mitgliedsunternehmen im Süden Sachsens engagieren sich über 2.500 Unternehmer ehrenamtlich für die IHK. Dafür Dank und ein ganz besonders herzliches Willkommen!

Sollte nun in meiner Begrüßung jemand unerwähnt geblieben sein, bitte ich - wie jedes Jahr - um Nachsicht und begrüße Sie alle insgesamt und noch einmal aufs Herzlichste zum IHK-Neujahrsempfang im Jahr 2008!

Die Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau wurde im vergangenen Jahr über 700.000-mal um Rat und Tat gefragt, persönlich, telefonisch, schriftlich oder per Internet. Wir haben mit 1.697 ehrenamtlichen Prüfern 6.675 Lehrlinge zu Facharbeitern befördert. Von diesen jungen Leuten erreichten 112 dabei Bestnoten. Einer, Sven Gaumer, wurde sogar Bundessieger. Gemeinsam mit unserem Wirtschaftsminister, Herrn Dr. Haseloff, und unter dem Beifall von über 600 Eltern, Geschwistern, Freunden, Ausbildern und Lehrern aus Berufsbildenden Schulen habe ich die besten jungen Facharbeiter beiderlei Geschlechts ausgezeichnet.

Auch neuen Unternehmern wurde der Start in die Selbständigkeit erleichtert. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr knapp 2.000 Unternehmer in eine selbständige Existenz begleitet oder geholfen, Finanzprobleme zu lösen.

Unsere - also gemeinsam mit der IHK Magdeburg gegründete - Tochter zur Förderung der Außenwirtschaft, genannt InterCom GmbH, hat Tore bis nach China geöffnet. Weltweit stehen 120 Außenhandelskammern an 80 Standorten als Türöffner für unsere Exportfirmen bereit. Unsere Technologie-Fördertochter Mitteldeutsche Informations-, Patent-, Online-Service GmbH, kurz MIPO, hat mit rund 1.300 Patentrecherchen und markenrechtlichen Beratungen Wettbewerbsvorsprünge für mehr als 150 Unternehmen ermöglicht oder gesichert.

Und so könnte ich jetzt noch eine Weile fortfahren. Stichworte wären: Umwelt, Energie, Flächennutzungspläne, Gefahrgutprüfungen, Registereintragungen und so weiter und so fort.

Nicht zu vergessen sind auch ungezählte Stellungnahmen zu Gesetzen, Verordnungen oder Erlassen, sind tägliche Gespräche mit Abgeordneten, Ministern, Staatssekretären, Ministerialbeamten, Bürgermeistern oder Landräten. Immer mit dem Ziel: Die Rahmenbedingungen für die IHK-Mitglieder müssen verbessert werden - so der gesetzliche Auftrag der IHKn in Deutschland. Dies alles ist aber typischerweise Gegenstand unserer IHK-Jahrespressekonferenz.

Rat und Tat für Mitgliedsunternehmen ist aber nur eine Seite der Medaille IHK.

Ob und welche IHK-Mitarbeiter Dienstleistungen für einzelne Unternehmen erbringen, ob und welche politische Forderungen im Namen aller Unternehmen erhoben werden, und was das kosten darf, das ist die andere Seite der IHK-Medaille. Diese strategischen Weichenstellungen bestimmt die IHK-Vollversammlung. Die Vollversammlung hat am 28. November 2007 den Lohnfonds um 2 Prozent oder 100.000 € erhöht und die Pflichtumlagen für Mitglieder um 12 Prozent oder 600.000 € gesenkt und einen Anbau - ein modernes Kundenzentrum mit Konferenzräumen - für 5 Mio. € beschlossen.

18 Jahre nach Wiedergründung wird damit der Aufbau der IHK Halle-Dessau abgeschlossen. Ich sage deshalb mit Zufriedenheit - ohne wunschlos glücklich zu sein:

- Danke allen Unternehmerkollegen im Präsidium, in der Vollversammlung, in den Fachausschüssen und in den Prüfungsausschüssen. Danke für kritische, sachorientierte, aber stets loyale Zusammenarbeit.
- Danke auch dem Hauptgeschäftsführer und allen Mitarbeitern in den Geschäftsstellen in Bitterfeld, Dessau, Eisleben, Halle und Weißenfels für Rat und Tat für die Kammermitglieder, danke für beharrliche Interessenvertretung der Unternehmerschaft in Rathäusern, Landratsämtern, Landesverwaltungsamt, Landesfachämtern und Ministerien, in den Agenturen für Arbeit, in Finanzämtern und in ungezählten Beiräten, Lenkungsgruppen, Bewilligungsausschüssen, Konferenzen und manch anderes mehr.

Insoweit könnte ich zufrieden die IHK-Bücher 2007 schließen. Und ich könnte versprechen: So soll das auch im nächsten Jahr sein!

Aber, da gibt es noch eine ganz andere Zufriedenheit: Die Unternehmen stellen neue Mitarbeiter ein, die Zahl der Arbeitsplätze wächst und die Gewerbeerträge haben einen Höchstwert erreicht. Es sind jetzt zwei Milliarden im IHK-Bezirk Halle-Dessau. Das ist Spitze in den neuen Bundesländern und auch bundesweit überdurchschnittlich.

Und schließlich ist auch noch ein Stück weit der Landesregierung und der Bundesregierung danke zu sagen. Ich denke beispielsweise an die Verkehrsinfrastruktur: A9, A14, A38, A71, B6/neu, Flughafen Halle-Leipzig, ICE-Neubaustrecke Erfurt-Halle/Leipzig sind neu gebaut, ausgebaut oder ertüchtigt. Alle verbliebenen Lücken im Verkehrsnetz werden zügig geschlossen. Professionelle Verhinderungsaktivisten oder bremsende Gerichtsurteile hin oder her - da gibt es in Magdeburg und in Berlin kein Zaudern und kein Wackeln. Das verdient unser aller Lob. - Mitteldeutschland kann sich sehen lassen.

Wichtig auch - und nicht zu unterschätzen: Wir haben jetzt seit 6 Jahren stabile Regierungsmehrheiten und Landesregierungen mit Sinn für Machbares - das war nicht immer so in Sachsen-Anhalt.

Nach so viel Zufriedenheit, Dank und Lob fragt sich jetzt der eine oder andere von Ihnen: Was ist denn mit dem Hatton heute los, so viel Kreide kann man doch gar nicht essen (fressen), wer hat den denn weichgespült?

Dazu kann ich nur sagen: Nur Geduld! Und gerade weil es so viel Grund zur Zufriedenheit gibt, gerade weil doch jeder sehen könnte, es geht voran, gerade deshalb bin ich wenig amüsiert über manche politische Vollbremsung oder Ankündigung solcher Manöver.

Jetzt also, mit ein paar dicken Pinselstrichen und beispielhaft politische Bremsmanöver, wo eigentlich beherztes Gasgeben angesagt wäre.

Zwei Stichworte mögen sein: Gewerbesteuer und Nichtraucherschutz.

Also - wenn sie so möchten - einmal Bund, einmal Land. Das ist weder gerecht noch ausgewogen. Denn natürlich wird auf Bundesebene ungleich mehr reguliert als im Land. Von der Europäischen Union ganz zu schweigen.

Beginnen wir mit der Gewerbesteuer. Das ist ein rein deutsches Gewächs. Und ich sage unmissverständlich: Die Gewerbesteuer muss weg!

Möglichst viel Steuerertrag war das Hauptziel der sogenannten Reform der Gewerbesteuer im vergangenen Jahr. Man kann es auch so sagen: Das steuerflüchtige Reh - also international flexible Konzerne - sollte domestiziert werden. Deshalb eine Senkung der Körperschaftsteuer. Das aber sollte möglichst wenig Steuerausfälle kosten. Deshalb müssen steuerbrave Spatzen - also bodenständige Unternehmen - mehr Steuern zahlen.

Ergebnis: Statt endlich die Gewerbesteuer abzuschaffen, wurde die Gewerbesteuer erhöht. Politisch ausgedrückt nennt man das Modernisierung! Und diese Modernisierung - sprich: Erhöhung - war und ist ein Meisterstück im Hegen und Pflegen des steuerlichen Irrgartens. Die Gewerbesteuer wurde gründlich durchgemischt, es wurde gegeben und genommen, gekürzt, hinzugefügt und freigestellt. Ergebnis: Keiner blickte mehr durch.

Das Verwirrspiel war perfekt. Keiner wusste, wo er dran war: Steuerlast gleich, höher, niedriger? Wenn höher, wie viel, wenn weniger, wie viel. Ein Sturm der Entrüstung konnte so erst einmal nicht entstehen. Politisch geschickt war auch: Für all das Auf- und Absatteln sollte es einen Freibetrag oder eine Freigrenze von 100.000 € geben. Und - nicht zu vergessen - der Körperschaftsteuersatz sollte außerdem von 25 Prozent auf 15 Prozent gesenkt werden.

Danke sagten angesichts eines Freibetrages von 100.000 € erleichtert viele kleine und kleinste Unternehmen und natürlich auch die Handwerker. Denn natürlich sind damit viele der gewerbesteuerlichen Modernisierungsfälle glücklich entronnen.

Aber diese Freude war vorschnell. Der Nebel lichtet sich. Aus Hunderten von Einzelfällen weiß ich: Es kann auch für ein Fuhrunternehmen mit 10 bis 20 Mitarbeitern und geleastem LKWs oder für ein Busunternehmen mit geleastem Fahrzeugen ganz schön dicke kommen. Auch Einzelhändler und Gastwirte kann es treffen. Hier werden typischerweise Betriebsflächen gemietet, vielleicht auch noch Theke, Küche, Tische und Stühle geleast.

Erste drastische Erhöhungen der sogenannten Steuerlastquote liegen schon auf dem Tisch: 60, 70, 80 Prozent des Gewinns werden durch Körperschaft- plus Gewerbesteuer abgeschöpft - in Einzelfällen wurden auch schon mehr als 100 Prozent des Gewinns errechnet.

Aber das macht ja nichts; sagt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers. Er hat seiner Partei empfohlen, sich von neoliberalen „Lebenslügen“ - wie er sagt - zu verabschieden. Eine solche Lebenslüge sei: Steuersenkungen befördern Investitionen, schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand.

Auf den Punkt gebracht, hieße das: Wenn wir alles - nicht nur wie heute die Hälfte - an den Staat abgeben, dann werden wir trotzdem mit ungebremstem Eifer, mit Kreativität und Risikobereitschaft jeden Morgen zur Arbeit gehen. - Und singen fröhlich den bekannten Schlager: „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt“.

Ich lass´ das einfach so stehen, ich verzichte darauf, einen solchen Unsinn zu kommentieren.

Freuen wird sich der Vorsitzende der Linkspartei, Dr. Oskar Lafontaine. Die Gewerbesteuer, also Steuern auf Zinsen, Mieten usw., kommt seiner geforderten Vermögensteuer nahe.

Seine Rechnung lautet: Wir haben in Deutschland ein Geldvermögen in Höhe von 4.000 Milliarden €. Man stelle jedes Vermögen zur Hälfte von der Vermögensteuer frei. Dann verbleiben 2.000 Milliarden €. Darauf erheben wir 5 Prozent Vermögensteuer - denn das könne ja wirklich niemanden schaden. Und 5 Prozent Vermögensteuer ergeben dann 100 Milliarden zusätzliche Staatseinnahmen.

Ergebnis: Alle Defizite in den Staatskassen sind mit einem Federstrich beseitigt. Der Sozialstaat ist gerettet, die Staatsfinanzen sind saniert, kein Reicher verarmt.

Kurz: Alle sind zufrieden und glücklich. Jeder ruft jedem zu: Ich hab dich lieb. Bis nach zehn Jahren - Inflation, Zinsen und Zinsabschlagsteuer mitgerechnet - dann nur noch 68 Prozent, nach einer Generation nur noch 38 Prozent des Geldvermögens da ist. - Und auf diesen traurigen Rest stürzt sich dann der Finanzminister mit einer drastisch erhöhten Erbschaftsteuer - so jetzt in der Koalition verabredet.

Ein Unternehmerkollege beschwert sich: Die Gewerbesteuer verstoße gegen das steuerliche Leistungsprinzip. Der Kollege irrt sich. Die Philosophie der Gewerbesteuer ist ja gerade: Auf die persönliche steuerliche Leistungsfähigkeit kommt es nicht an. Deshalb werden ja auch Kosten besteuert.

Andere Unternehmer klagen: Die Gewerbesteuer sei eine Doppelbesteuerung. Diese Kollegen haben - fast - recht: Der Gewinn wird steuerlich zweimal erfasst. Einmal mit der Einkommensteuer oder mit der Körperschaftsteuer; und zum zweiten eben mit der Gewerbesteuer. Das ist schon genug sinnlose Zusatzbürokratie. Damit aber nicht genug, es kommt auch noch eine dritte Besteuerung ins Spiel. Nämlich die Besteuerung von Kosten. Das sind, um es noch einmal zu wiederholen, Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten und so fort. Und weil die Logik der doppelten Buchführung nun mal ist: Die Kosten des einen, sind die Erträge des anderen, gilt: Gewerbesteuer wird auf Kosten und Erträge erhoben.

Nach alldem fragen sie sich jetzt auch: Warum, um Gottes Willen, das Ganze bürokratische Monster Gewerbesteuer mit willkürlicher Kostenbesteuerung, mit Freibeträgen, mit Messbeträgen und Hebesätzen, mit Aufteilung auf Bund und Gemeinden, mit Umverteilung zwischen den Gemeinden innerhalb des Landes, wenn das alles nichts weiter als Doppelarbeit und Dreifachbesteuerung ist?

Natürlich gibt es eine Erklärung. Politisch ist das durchaus logisch: Man stelle sich einfach 4, 5, 6 verschiedene, gegeneinander stehende politische Interessen vor. Diese müssen zu einem Kompromiss verarbeitet werden. Die einen haben einen erhöhten Lustgewinn, wenn man es den Kapitalisten mal wieder richtig zeigt, andere wollen schlicht Geld zur Bedienung von Wählern haben, dritte wollen mehr oder länger Arbeitslosengeld I zahlen und so weiter und so fort.

Und schließlich gibt es noch Interessen, die mit Kapitalisten und Staatseinnahmen gar nichts zu tun haben, aber andere politische Prioritäten verfolgen. Z. B. Nichtraucherschutz oder Antidiskriminierungsgesetz. Da gilt es, strategische Allianzen zu schmieden; nach dem

Motto: Gibst du mir, geb´ ich dir! Steuersystematik, Steuerklarheit, Steuereinfachheit, Bürokratieabbau, Steuererhebungskosten, also alles was vernünftige Organisation und Effektivität ausmacht, das bleibt auf der Strecke.

Politik ist ein mühsames Geschäft um Kompromisse unter der Nebenbedingung: Wähler müssen gewonnen werden.

Das will ich nicht beklagen. Ich bin Demokrat. Wer ja sagt zu Demokratie, der muss auch ja sagen zur Logik der Demokratie. Aber: Man muss es gleichwohl beim Namen nennen. Nur so kann verhindert werden, dass Abgeordnete und Minister bei all dem auch noch ein gutes Gewissen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete aus dem Bundestag. Sie können jetzt durchatmen. Die Gewerbesteuer ist abgearbeitet. Nun zum Land.

Ein aktuelles Stichwort ist der Nichtraucherschutz. Zuerst eine Vorbemerkung. Mir geht es nicht um Nichtraucherschutz Ja oder Nein. Mir geht es um Pflichten des Staates gegenüber Rechten der Bürger. Die Rede ist vom Rechtsempfinden und von kluger und gerechter Politik. Ich könnte also ebenso gut vom Antidiskriminierungsgesetz oder von Online-Zugriffen der Finanzämter auf die Buchhaltung in Unternehmen sprechen oder von Staatswanzen in Privatcomputern zur Terrorbekämpfung.

Das Problem, über das ich spreche, ist: Wie viele Freiheitsrechte sollen/müssen/dürfen auf dem Altar von Mehrheitsinteressen geopfert werden, oder wie viel Ungleichheit vor dem Gesetz sollen/müssen/dürfen Bürger hinnehmen?

Natürlich ist „Rauchen kein Menschenrecht“, wie unser Ministerpräsident sagt, und da hat er uneingeschränkt recht. Aber, darum geht es nicht. Es geht um Grundrechte wie Eigentum, Berufsfreiheit, und es geht um die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.

Ich zitiere aus der Erklärung der Menschenrechte von 1791: „Der Endzweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unabdingbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind die Freiheit, das Eigentum, die Sicherheit, der Widerstand gegen Unterdrückung.“

Und weiter:

(Das Gesetz) „soll für alle das Gleiche sein, es mag beschützen oder bestrafen.“

Da haben wir den Sachverhalt, kurz und bündig: Freiheit, Eigentum, Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Das sind keine formaljuristischen Kategorien, das sind Menschenrechte. Sie wurden 1791 auch nicht erfunden, sie wurden dem - wie es damals hieß - „Vergessen“ entrissen. Auch heutige Parlamente neigen zum Vergessen. Deshalb ein Blick in das Nichtraucherschutzgesetz.

Dabei sollte vorab klargestellt werden: Es geht nicht um Nichtraucherschutz an sich. Der wäre ja auf Bundesebene ganz einfach zu bewerkstelligen. Das Drogenverbot müsste um ein Tabakverbot erweitert werden. Das wäre ein kurzer Satz in einem existierenden Gesetz. Keine Ausnahmen, keine Ungleichbehandlungen, keine Gesetzeslücken, keine unbestimmten Rechtsbegriffe, keine verwirrenden Gerichtsurteile usw.

Im Landes-Nichtraucherschutzgesetz geht es um einen sehr speziellen Schutz. Insgesamt habe ich im Landesgesetz über 30 verschiedene Gebäudetypen gezählt - ohne Gewähr - in denen nicht mehr geraucht werden darf. Nicht gezählt, was es heißen könnte, ich zitiere: „Einkaufszentren und andere Gebäude oder Räume, in denen **derartige** Dienstleistungen erbracht werden.“

Da ist ganz offensichtlich wieder hart im Parlament gerungen worden. Herausgekommen ist ein Schutzgesetz für Nichtraucher, wenn sie bestimmte Räume betreten: Die Eigentümer dieser Räume sind irritiert, erbost oder fassungslos. Sie fragen sich zu recht: Warum trifft mich der Bannstrahl des Gesetzes und andere nicht? Wo bleibt die Gleichheit vor dem Gesetz?

Ich sage: Die Nichtraucherschutzgesetze in allen deutschen Ländern sind der falsche Hebel. Entweder ist Rauchen erlaubt, oder Rauchen ist verboten. Verbote durch die Hintertür von Landesgesetzen können das Problem nicht lösen. Jedenfalls nicht willkürfrei. Der notwendige Verfassungspatriotismus kann so nicht gedeihen.

Meine Damen und Herren Angeordnete! Das waren heute nur zwei Beispiele: Gewerbesteuer und Nichtraucherschutz. Die eigentliche Liste ist viel länger: Antidiskriminierung, rückwirkende Steuergesetze, ökologische Kfz-Steuer, Mindestlöhne und Höchstlöhne, Filter für Kaminöfen, Pflichtversicherung in Privatkrankenkassen und so weiter und so fort. Eine Aufgeregtheit jagt die andere, monatlich wird die sprichwörtliche Sau durchs Dorf getrieben, Bürokratie vermehrt, Rechtsunsicherheit erhöht, Neid befeuert, Unverständnis gemehrt.

Ergebnis: Politik- und Demokratieverdrossenheit breiteten sich aus wie Öl auf dem Wasser. Das Verfassungsgericht warnt: (Zitat) „Mangelnde politische Einigungsfähigkeit kann keinen Kompromiss rechtfertigen, der mit der Verfassung nicht vereinbar ist.“ Genau diese Laxheit im Umgang mit der Verfassung wird im Zweifel aber gerne praktiziert. Ich sage: Umgekehrt wird ein Schuh ´draus! Im Verfassungs-Zweifel ist auf ein Gesetz zu verzichten.

Und mit dem Verfassungsrichter Prof. Dr. Udo Di Fabio sage ich: Bedenket das Ganze! Wer das Getriebe eines komplexen gesellschaftlichen Miteinanders ertüchtigen will, der muss viele kleine Zahnräder passförmig zusammenbauen. Gelingt das nicht, fliegt das ganze Getriebe auseinander.

Der Sanierungsfall Deutschland ist so ein Getriebe mit viel Schlupf und manchen stillstehenden Rädchen. Das Getriebe muss ertüchtigt werden. Teils vorsichtige, teils mutige Politikvorschläge sind dafür gemacht worden.

Von Rot-Grün unter der Überschrift „Fördern und fordern“, von der CDU in Leipzig mit der Steuererklärung auf dem Bierdeckel oder einer „solidarischen Bürgerversicherung“. Beides ist von der deutschen Wählermehrheit abgestraft worden. Als Großkoalitionäre kassieren CDU/CSU und SPD tatsächliche oder versprochene Reformen wieder. Mit - z. B. - unsystematischen Reformen wie Gesundheit, Pflege, Antidiskriminierung oder auch „ökosoziale“ Kfz-Steuer.

Ich weiß, es geht um Wahlen und es geht um Mehrheiten. Ich weiß aber auch: Wenn Politik den Mehrheitswünschen des Volkes folgt, dann wird die Politik den Wettlauf mit diesen Wählerwünschen nicht gewinnen. Es war der große Ökonom Josef Schumpeter, der vor mehr als einem halben Jahrhundert den Sieg des Sozialismus über Kapitalismus und Demokratie beschrieben hat.

Nicht - wie einstmals Karl Marx - weil die inneren Widersprüche des Kapitalismus das Ganze zur Explosion bringen würden. Sondern weil - demokratisch korrekt - die vielen Indianer die wenigen kleinen oder großen Häuptlinge ausbeuten. Die Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung werden geschleift. Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie werden von innen, durch Wahlen ausgehöhlt. Den Wettlauf mit Wählerwünschen gewinnt nicht SPD oder CDU. Den Wettlauf gewinnt irgendein linker oder rechter schamloser autoritärer antidemokratischer Prophet.

Wichtig: Meine Botschaft heute ist nicht Beschimpfung der Politik.

Ich sage:

- Wir wissen um die Funktionsbedingungen einer freiheitlichen Demokratie.
- Wir wissen, welche Entscheidungen prinzipiell richtig und prinzipiell falsch sind - gemessen an Freiheit, Wohlstand und Arbeit.
- Wir wissen, es geht nicht ohne Lesen, Schreiben, Rechnen, es geht nicht ohne eigene Anstrengung, es geht nicht ohne Verantwortungsbereitschaft, es geht nicht ohne Toleranz vor Andersdenkenden, es geht nicht ohne Eintreten für die öffentliche Sache und es geht nicht ohne Respekt vor den Menschenrechten Eigentum, Sicherheit, Gleichheit.

Meine Botschaft ist: Nur Mut! Wir haben die Wahl! Zukunft ist offen! Wir können was draus machen!

Glück auf 2008!